

---

Thomas Etzemüller

## **Sozialgeschichte als politische Geschichte. Die Etablierung der Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft**

Im folgenden werde ich einige Aspekte des ersten *erfolgreichen* Versuches, Sozialgeschichte aus ihrer Nischenexistenz als Sektorwissenschaft zu befreien und die allgemeine Geschichte auf Sozialgeschichte umzustellen, anreißen.<sup>1</sup> Dieser Prozeß fand in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg statt, grob gesagt, zwischen dem Ende der vierziger und dem Ende der sechziger Jahre. Er war nicht allein Resultat eines gesellschaftlichen Strukturwandels oder einer Veränderung in der geistigen Landschaft, auch wenn beides einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Entwicklungen der Nachkriegs-Historiographie ausübte. Die Durchdringung der allgemeinen Geschichte mit Sozialgeschichte wurde vielmehr durch wenige Historiker entscheidend beschleunigt, vor allem durch das gezielte wissenschaftsstrategische Handeln Werner Conzes. Er war der Meinung, daß die europäische Welt seit Beginn der industriellen Revolution so komplex geworden sei, daß Historiker sie intellektuell nur noch dann in den Griff bekämen, wenn sie historische und sozialwissenschaftliche Methoden verbänden und – statt eine personenzentrierten Ereignisgeschichte zu schreiben – soziale Strukturen untersuchten.

Conze entwarf keine geschlossene, kohärente Konzeption der neuen, integralen Sozialgeschichte; noch nicht einmal ein wissenschaftspolitisch schlagkräftiges Etikett stand ursprünglich zur Verfügung. Doch dadurch, daß Conze in seinen Texten und Diskussionsbeiträgen immer aufs Neue

---

1 Bis heute existiert keine eindeutige Definition von Sozialgeschichte. Nur über eine Grunddifferenz scheint Einigkeit zu herrschen, nämlich daß es Sozialgeschichte in einer engen und einer weiten Fassung gibt. In der engen ist sie Teil des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte, also ein Teil in einem Teilfach neben anderen Teilfächern. In der weiten ist sie eine Perspektive, die Geschichte als Ganzes zu sehen, nicht Aspekt, sondern Organisationsprinzip, das alle Teilfächer durchdringt. Das Definitionsproblem beginnt schon bei der Frage, ob es sich bei Strukturgeschichte und Gesellschaftsgeschichte um zwei Spielarten der Sozialgeschichte handelt oder um ganz unterschiedliche Dinge, vgl. nur J. Kocka, Sozialgeschichte, Göttingen 19862, bes. S. 48-111. Dagegen die Diskussion im Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte: Protokoll der Tagung über „Sozialgeschichte der modernen Welt“ am 25./26. April 1957 in Bad Ems, S. 1-11 [Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, Heidelberg: Akten des Arbeitskreises].

entscheidende Elemente seiner sozialgeschichtlichen Vorstellungen vorzutrag, wurde allmählich das Muster klar, das dieser Sozialgeschichte zu Grunde lag. Conzes Schüler vervielfältigten es durch ihre wissenschaftlichen Studien, und seine Kollegen aus Königsberg, die in der Bundesrepublik sämtlich angesehene Ordinariate bekleideten, gaben ihr Geleitschutz. Die Sozialgeschichte konnte die allgemeine Geschichte allmählich durchdringen, weil eine Konzeption in hinreichend scharfen Konturen zur Verfügung stand, weil es eine „Lobbygruppe“ für diese Konzeption gab, weil in der Geschichtswissenschaft nach dem Krieg ein Raum für neue Ansätze eröffnet war und weil in der sich sozial wie geitig zunehmend wandelnden westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eine Nachfrage nach sozialhistorischen Verganhenheitsdeutungen bestand.

Denn die „frühe Sozialgeschichte“, wie ich sie nennen werde, erwies sich seit den fünfziger Jahren, je mehr ihrer Konturen sichtbar wurden, als zunehmend attraktiver als die herkömmliche Politikgeschichte, die Gegenwart im Lichte der Vergangenheit zu deuten. Das lag daran, daß die frühe Sozialgeschichte stets politische Geschichte war, d.h. es ging nicht zuerst um die Erforschung der Verganhenheit, sondern darum, der westdeutschen Gesellschaft mit Hilfe der Historiographie das politische Handeln zu erleichtern, ihr Identität zu stiften und ihre Position in der Systemkonkurrenz mit der DDR und dem Kommunismus zu stärken. Sozialgeschichte als politische Geschichte nahm die deutsche Nation schützend an die Hand und wies ihr den Weg. Geprägt war diese politische Seite der Sozialgeschichte durch die Erfahrungen derjenigen Historiker die sie entwarfen und propagierten, d.h. sie war ein Produkt der Zwischenkriegszeit, der Volksgeschichte, der Ostforschung, und der besonderen politischen Lage Ostpreußens nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Erfahrungen gerannen in einen neuen historiographischen Ansatz, mit dem die zweite Nachkriegszeit im Lichte der Zwischenkriegszeit, also durch die Brille der eigenen Erfahrungen in dieser Zeit, gedeutet werden sollte. Das funktionierte solange höchst erfolgreich, bis in den sechziger Jahren eine Generation von Historikern mit gänzlich anderen Erfahrungen antrat, um veränderte Orientierungsmuster in der westdeutschen Gesellschaft zu bedienen.<sup>2</sup>

Ich werde zuerst knapp die Situation im Königsberg der Zwischenkriegszeit abhandeln und das personale Netzwerk beschreiben, das sich dort in den dreißiger Jahren ausbildete und welches für die Etablierung der Sozialgeschichte in der Nachkriegszeit wichtig werden sollte (I). Danach

---

2 Umfassend behandle ich dieses Thema in meiner Dissertation: T. Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001. Dort finden sich detaillierte Nachweise zu den folgenden Ausführungen.

skizziere ich die Umstände, die es Werner Conze ermöglichten, seine sozialhistorischen Vorstellungen zu verwirklichen, sowie seine Konzeption und seine strategische Arbeit (II). Darauf folgt ein Abriss des spezifischen „Denkstils“ (Ludwig Fleck) der frühen Sozialgeschichte, der ihre Charakteristik als politische Geschichte und ihre geistige Verwurzelung in der Zwischenkriegszeit aufzeigt (III). Abschließend einige Bemerkungen zum gesellschaftlichen und historiographischen Umbruch in den sechziger Jahren (IV).

I. Das Königsberg der Zwischenkriegszeit erweist sich heute als ein entscheidender Ort für die Genese der Nachkriegs-Sozialgeschichte. Im vom Reich abgeschnittenen Ostpreußen sah man sich als „Vorposten“ des Reiches und des Abendlandes gegen den Osten. Hier, wo deutsche und andere Nationalitäten gemischt lebten, hatte die völkerrechtlich-politische Kategorie der „Staatsgrenze“ ihre Verbindlichkeit verloren. Zahlreiche Königsberger Wissenschaftler sahen es, sehr kurz gesagt, als ihre Aufgabe an, die Integrität der deutschen Nation gegen territoriale Forderungen (etwa Polens) zu wahren, indem sie eine Neudefinition der Nation auf der Basis von „Kultur“ und „Ethnie“ anstrebten, also auf der Basis der „Volksgemeinschaft“ statt des Staats. Diese Abwehr-Konzeptionen wurden weit vor dem Aufstieg des „Dritten Reiches“ entworfen, konnten aber nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten mühelos mit deren expansiver und sich radikalisierender Ostraumpolitik verkoppelt werden.<sup>3</sup>

Die wissenschaftlichen Nachwuchskräfte fanden den Weg in diese entlegene Universitätsstadt oft über die Jugendbewegung, so Erich Maschke, Theodor Schieder, Carl Jantke, Theodor Oberländer, Werner Conze, Werner Markert und andere, die uns hier weniger interessieren. Sie begannen in Königsberg ein personales Netzwerk auszubilden, das sich nach dem Kriege bewähren sollte. Diesem Netzwerk gehörten außerdem Helmut Schelsky, Gunther Ipsen, Herbert Grundmann, Hans Rothfels und Kurt von Raumer an, auch Reinhard Wittram und Otto Brunner kann man dazurech-

3 Vgl. G. Aly, „Daß uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reichs, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1999, S. 13-27; ders., Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997; M. Burleigh, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; W. Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918 bis 1945, Göttingen 1993; E. Oberländer, Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand, in: Ders. (Hrsg.), Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945-1990, Stuttgart 1992, S. 12-30; P. Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. 1918-1945, Frankfurt a. M. 1997; W. Schulze/O. G. Oexle (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

nen, weil sie enge Kontakte zu den Königsbergern knüpften. Die Genannten waren unterschiedlichen Alters – die Jungen waren zwischen 1900 und 1910 geboren –, und sie weilten nicht alle zur selben Zeit in Königsberg. Sie waren teilweise nur entfernt miteinander bekannt, doch nach dem Krieg konnten sie auf denselben Erfahrungsschatz verweisen, nämlich auf die Teilnahme an politischen Aktionen für die deutsche Sache und auf das überwältigende Erlebnis der ostpreußischen Landschaft, durch deren weite, einsame Wälder sie in Vollmondnächten geritten waren. Dieser Bezugspunkt gab ihrem Leben und ihrer Weltsicht eine bestimmte Richtung<sup>4</sup> und einte sie nach 1945 locker und doch auf hinreichend stabile Art, um sie – nicht besonders präzise, aber hinreichend scharf abgrenzbar – im weiteren Sinne als „Königsberger Gruppe“ zu bezeichnen und im engeren als „Rothfelsianer“, wie sie Gerhard Ritter einmal nannte.<sup>5</sup>

Hans Rothfels, 1926 nach Königsberg berufen, war nämlich das unbestrittene Vorbild der Nachwuchshistoriker. Er war stets ein politischer Historiker gewesen, die national-pädagogische Ausrichtung der Wissenschaft, ihre Pflicht, zum Wohle der Nation beizutragen, betrachtete er geradezu als ihre Existenzberechtigung. In Ostpreußen wandte er sich nach seinen früheren Bismarck-Studien verstärkt dem Problem der Nation zu und der nicht nur ihm dringlich erscheinenden Neuordnung der „Völkermischzone“, des „kolonialen Raumes“ (Rothfels), dem das überkommene Nationalitätenprinzip nicht angemessen sei. Die Lösung sah Rothfels, kurz gesagt, in einer Verbindung eines multinationalen Staates mit dem Prinzip einer „Willensnation“. Diesen Plan stellte er in einem Vortrag auf dem 18. Historikertag in Göttingen 1932 vor, und nicht zuletzt durch diesen Vortrag war er zu einem Idol der heranwachsenden jungkonservativen Historikergeneration geworden. Daß er Wissenschaft und politische Tat miteinander im Dienste der Nation verband, machte ihn für die Mitglieder der Jugendbewegung so attraktiv. Seine persönliche wie wissenschaftliche Wirkung auf den Nachwuchs war immens. Während er aber 1939 zu emigrieren gezwungen war, konnten seine Königsberger Schüler und Kollegen ungehindert ihre Karriere fortsetzen und ihre wissenschaftlichen Analysen des Ostens mit der Ostpolitik des „Dritten Reichs“ verbinden. Selbst Hans Rothfels hatte vor seiner erzwungenen Emigration versucht, den Nationalsozialisten seine wissenschaftliche Arbeit schmackhaft zu machen. Er war der Meinung gewesen, er ziele in dieselbe Richtung wie sie. Auch er ging, wie so viele seiner Kollegen, davon aus, daß das „neue Deutschland“, das

---

4 Das teilte mir Albrecht Conze (Bonn) in einem längeren Gespräch am 4. November 1998 mit.

5 Dazu auch I. Haar, „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Schöttler, S. 52-103 (Anm. 3).

„Abendland“ gegen „Asien“, dieses „bedrohende Rätsel des Ostens“<sup>6</sup> verteidigen würde.

Diese Vorstellung band die Königsberger in die Ostforschung ein. Ihre Netzwerke sind für die Zeit vor Kriegsende bis in ihre kleinsten Verästelungen schwer zu überblicken. Sie bestanden aus verschiedenen Instituten, Arbeitskreisen, Wissenschaftlergruppen oder halbamtlichen Dienststellen, teilweise an Universitäten angeschlossen, teilweise staatlich gefördert, teilweise im Archivwesen situiert, zum guten Teil mit der lokalen Volkstumspolitik liiert, die oft ein Scharnier zwischen Politik und Wissenschaft bildete.<sup>7</sup> Trotz interner Reviergrenzen, die entschieden gegen Konkurrenz aus dem eigenen Lager verteidigt wurden, waren die Ostforscher sich eines übergeordneten Zusammenhangs bewußt, und der war ein zweifacher. Einmal die – nach 1945 zunächst nicht problemlose – Zugehörigkeit zur *scientific community* der Historiker insgesamt, zum andern die Zugehörigkeit zur engeren *scientific community* der Ostforschung. Letztere schuf einen Zusammenhalt über Reviergrenzen hinweg, erstere ermöglichte es den aus dem Osten vertriebenen Ostforschern nach dem Krieg, in der westdeutschen Wissenschaftslandschaft Fuß zu fassen.<sup>8</sup> Davon profitierten auch die Königsberger Historiker und Soziologen.

---

6 Zitiert nach K. O. Petters, Hans Rothfels: Ein Historiker zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Egelsbach 1994, S. 57. Zu Rothfels vgl. auch die hervorragende Abschlußarbeit von J. Eckel, Ansätze zu einer intellektuellen Biographie von Hans Rothfels. Wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte, masch.-schr. Ms., Universität Freiburg 1999; außerdem W. Neugebauer, Hans Rothfels (1891–1976) in seiner Zeit, in: D. Rauschnig/D. von Nerée (Hrsg.), Die Albertus-Universität zu Königsberg und ihre Professoren. Aus Anlaß der Gründung der Albertus-Universität vor 450 Jahren, Berlin 1995, S. 245–56; ders., Hans Rothfels Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: Berliner Jahrbuch für Osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 333–78.

7 Dieses Geflecht wird in mühevoller Archivarbeit offengelegt: M. Beer, Die Landesstelle Schlesien für Nachkriegsgeschichte 1934 bis 1945. Geschichtswissenschaft und Politik im Lichte neuer Aktenfunde, in: M. Weber/C. Rabe (Hrsg.), Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag, Würzburg 1998, S. 119–44; M. Fahlbusch, Wissenschaft im Dienste der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; ders., „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994; I. Haar, Historiker im Nationalsozialismus: Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000

8 Dazu auch J. Hackmann, „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 232–58

II. Die vollständige Niederlage Deutschlands 1945 unterbrach die wissenschaftliche Karriere fast aller Königsberger.<sup>9</sup> Mit einigen Mühen gelang es ihnen jedoch, obwohl sie politisch teilweise erheblich belastet waren, ihre abgebrochenen Laufbahnen im Westen wieder aufzunehmen. Sie wurden nach dem Kriege von Kollegen bzw. durch einige im Westen neugegründete Institutionen der Ostforschung mit Gelegenheitsaufträgen über Wasser gehalten – bis auf Maschke, der sich in russischer Kriegsgefangenschaft befand – und dann zwischen 1947 und 1957 nach und nach wieder auf Lehrstühle gebracht – bis auf Gunther Ipsen.<sup>10</sup> Nicht nur das Königsberger Netzwerk mit Herbert Grundmann und Kurt von Raumer, die bereits während des Krieges nach Münster berufen worden waren, Theodor Oberländer und dem Kurator der Universität Königsberg, Friedrich Hoffmann, bewährte sich. Auch die Verbindungen zu anderen Kollegen in der Ostforschung, etwa zu Hermann Aubin, seit 1946 Ordinarius in Hamburg, erwiesen sich als hilfreich, und in Göttingen, das die Anlaufstelle der Königsberger im Westen darstellte, setzte sich Siegfried A. Kaehler nach Kräften für die Entwurzelten ein. Kaehler war eng mit Hans Rothfels befreundet, der mit großer moralischer Autorität versehen aus der Emigration zurückkehrte und 1951 auf den Tübinger Lehrstuhl für Neuere Geschichte berufen wurde. Rothfels erlangte erheblichen Einfluß in der Zunft und auf die Stellenbesetzungen; seinen Schülern hatte er bereits 1946 zu erkennen gegeben, daß er nach wie vor einer der ihren und sie die seinen seien. Auf diese Weise gelang es, den personellen Zusammenhang und, wie wir sehen werden, den besonderen Denkstil der Königsberger in die westdeutsche Geschichtswissenschaft zu überführen.

Werner Conzes Wiedereinsetzung auf eine Professur sollte sich für die Sozialgeschichte am wichtigsten erweisen. Er hatte sich 1945 unter anderem in Göttingen um eine Stelle an der Universität bemüht und mit der Bemerkung empfohlen:

„Mein Hauptanliegen liegt in der Verbindung von politischer Geschichte und Soziologie, weniger im Sinne einer bloßen ‚Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‘“

9 Zur deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 vgl. vor allem W. Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989. Schulze deutet auf 20 Seiten die Kontinuitäten von der Volksgeschichte zur Sozialgeschichte an.

10 Letzterer wurde 1959 auf Initiative Andreas Predöhl's durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster zusammen mit Hans Freyer immerhin zum emeritierten Professor zur Wiederverwendung ernannt, um beide „ad majorem gloriam der Fakultät wirken“ zu lassen: Predöhl (ein Königsberger Kollege) an die Sozialforschungsstelle Dortmund vom 30. August 1960 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, Personalakte G. Ipsen]; J. Z. Muller, *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton, NJ 1987, S. 359.

als einer Verfassungsgeschichte, die das Verhältnis von Staat, Volk und Gesellschaft umfaßt.<sup>11</sup>

1951 sollte er dann den erkrankten Kurt von Raumer in Münster vertreten. Damit begann der Aufstieg auf eine institutionelle Position, die in der Geschichtswissenschaft damals ihresgleichen suchte. Die Philosophische Fakultät in Münster war zufrieden mit ihm und wollte ihn auch nach von Raumers Rückkehr halten. Grund war Conzes Erfolg in der universitären Lehre wie in der Erwachsenenbildung. Er machte nämlich seine sozialhistorischen, agrarhistorischen, politikgeschichtlichen, soziologischen und ostgeschichtlichen Kenntnisse dezidiert für die Identitätsfindung der bundesdeutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit fruchtbar. Wie Rothfels, war Conze ein politischer Historiker. Wichtiger als die Erforschung der Vergangenheit um ihrer selbst willen war es ihm darum zu tun, die Nation mit den Mitteln der Historiographie zu stützen. Dieser politische Stellenwert seiner wissenschaftlichen Arbeit wurde geschätzt, von seiner Fakultät in Münster, aber auch in der Politik.

Die Münsteraner Fakultät und Conze bildeten in den folgenden Jahren eine Symbiose. Sie nutzte Conzes wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Qualitäten sowie mehrere Rufe, die er erhielt, um aus dem Lehrauftrag allmählich ein neues Ordinariat zu formen. Er stieg auf diese Weise bis 1956 zum persönlichen Ordinarius auf, bevor ihm dann ein Ruf nach Heidelberg im selben Jahr die Gelegenheit gab, seine großangelegten sozialhistorischen Pläne endlich zu verwirklichen. Er hatte sich schon seit längerem um die Gründung eines sozialhistorischen Forschungsinstituts bemüht, doch hatte er nicht genug Interesse dafür wecken können. Mit dem Ruf an den Neckar stand er plötzlich vor der Wahl, entweder die Leitung der Sozialgeschichtlichen Abteilung an der Sozialforschungsstelle in Dortmund zu übernehmen oder in Heidelberg ein Institut „für moderne Sozialgeschichte (oder: Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters)“ zu gründen. Seine für damalige Verhältnisse ungewöhnlich hohen Forderungen wurden vom Baden-Württembergischen Kultusminister genehmigt, Conze wechselte 1957 auf das Ordinariat für neuere Geschichte in Heidelberg.

Neben dem gut ausgestatteten Lehrstuhl gründete er das Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, mit dem er eine Brücke zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft schlagen wollte. Seine Kontakte zu dem Historiker Paul Egon Hübinger, der als Leiter der Abteilung für kulturelle Angelegenheiten im Bundesinnenministerium Millionenbeträge in die Forschung fließen lassen konnte, und eine glückliche Entwicklung wissen-

11 Conze an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen vom 22.12.1945 [Universitätsarchiv Göttingen, Phil. Fak., Ordner 10].

schaftspolitischer Prozesse ermöglichten es ihm außerdem, den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte zu gründen.

Damit besaß er eine unvergleichliche Position in der deutschen Geschichtswissenschaft: Als Ordinarius war er in der Zunft in die Reihen derjenigen aufgerückt, deren Wort qua Position Gewicht genoß, er war einer ihrer „Diskursmanager“ geworden. Als Vorstand des Instituts für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte verfügte er zudem über einen großen Apparat an Assistenten und Hilfskräften, der durch die abgelehnten Rufe nach Bonn und München nur größer wurde. Das ermöglichte es ihm, sozialgeschichtliche Forschungsprojekte im großen Stile aufzuziehen. Als Vorsitzender des Arbeitskreises konnte er schließlich über hohe Finanzmittel verfügen, 1959 war der Arbeitskreis mit jährlich 100.000 DM fest etatisiert.<sup>12</sup> Die Projekte, für die er im Arbeitskreis die Verantwortung übernommen hatte, ließ er oft durch seine Mitarbeiter in Heidelberg ausführen. Durch diese Stellung waren Conze und sein sozialhistorisches Anliegen Ende der fünfziger Jahre nicht mehr zu ignorieren bzw. durch sie verschaffte er ihnen gezielt Gehör.

Bevor es so weit gekommen war, hatte er freilich anstrengende Arbeit leisten müssen, um den Kollegen begreiflich zu machen, was er unter Sozialgeschichte verstand und was seine integrale Konzeption von der bisher üblichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte unterschied. Das war westdeutschen Historikern nämlich keineswegs klar. Als er z.B. Hermann Aubin 1953 vom ersten Treffen der *Commission internationale d'histoire sociale* des Internationalen Historikerverbandes berichtete, an der er als Delegierter des deutschen Historikerverbandes mitarbeitete, konnte der sich so gar nicht in Conzes Idee hineindenken, daß „Soziale Bewegung“ mehr sei als „Sozialismus“ oder „Arbeiterbewegung“. Wie solle man da noch abgrenzen?, fragte er. Auch der Feudalismus oder die Entstehung und Entwicklung des Bürgertums seien dann ja „soziale Bewegungen“.

Genau das war der Punkt. Conze ging es darum, die Trennung zwischen Politik- und Sozialgeschichte aufzuheben, und er tat dies durch eine Doppelung des Verfassungsbegriffs. Eine Gesellschaft sei immer in *Verfassung* zu beobachten, sie sei immer in einer konkreten sozialen wie einer staatlichen Verfassung organisiert. Die herkömmliche Bedeutung der Begriffe „Gesellschaft“ (das soziale Leben in einem Staat) und „Verfassung“ (die politisch-rechtliche Kodifikation eines Staatswesens) hob Conze also in einer Verallgemeinerung dieser Begriffe auf: „Gesellschaft“ war jeder organisierte Zusammenschluß von Menschen, und diese Organisation *war* eine Verfassung:

---

12 Da es zur Gründung des Emser Kreises nur wenige Akten gibt, wird man weiterhin auf Conzes Darstellung zurückgreifen: W. Conze, Die Gründung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1979, S. 23-32.

eine soziale (unkodifizierte), und sie *bedurfte* einer rechtsstaatlich-politischen (kodifizierten). In Verfassung befand sich für Conze ein soziales Gebilde, das als strukturiert angesehen werden konnte; strukturiert war es für ihn, wenn sämtliche Kräfte so ausbalanciert waren, daß die Gemeinschaft ein integriertes Ganzes bildete. Der Gegenbegriff zu „Struktur“ war „Auflösung“, denn ständig bedrohten „zerstörerische Kräfte“ die Balance. Eine „Struktur“ war also nichts Statisches, sondern mußte durch immer neue Anstrengungen, durch politisches Handeln, erhalten werden, sie machte einen höchst dynamischer Prozeß aus.

Das erinnert natürlich an Otto Brunner, der in seinem Klassiker „Land und Herrschaft“ das „innere Gefüge“ untersuchte, den „inneren Bau“ sozialer Verbände und ihr politisches Handeln, durch das sie ihre Existenz nach außen zu wahren und ihre innere Ordnung zu stabilisieren suchten. Conze fiel es jedenfalls leicht, von diesem Beobachtungspunkt aus zu erkennen, daß es „stets einen großen Wirkungszusammenhang zwischen den bewegenden sozialen Tendenzen und den gestaltenden Kräften einer wie auch immer gesetzten Herrschaft durch die jeweilige Verfassung“ gibt. Politik ist nicht mehr in Opposition zur Gesellschaft zu bringen, denn es „gibt nur konkrete Gesellschaft hier et nunc, unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen, und diese Gesellschaft ist immer eine ‚strukturierte Herrschaftsordnung‘ (Freyer)“.<sup>13</sup>

Untersuchungsgegenstand dieser Sozialgeschichte sollte die Ausbildung der industriellen Gesellschaft und ihr Wandel im Zeitalter der sozialen wie politischen Revolutionen sein. Da in Westdeutschland diese Vorstellungen zu Beginn der fünfziger Jahre selbst einem ausgewiesenen Sozialhistoriker wie Aubin noch unverständlich waren, nutzte Conze Publikations- und Vortragsmöglichkeiten, um immer aufs Neue, an immer anderen Orten den Kollegen naheulegen, was er unter Sozialgeschichte verstand. Wo es sich anbot, ging er mit seiner Idee hausieren und bereitete ihr ein Fundament. Er schrieb einige theoretische Aufsätze, etwa „Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht“ (1952) oder „Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht“ (1956), er verschaffte sich auf den Historikertagen zunehmend Gehör, er nutzte Rezensionen als Medium, um seine Vorstellungen zu publizieren, und er löste seinen Ansatz in einigen empirischen Arbeiten ein, etwa dem berühmten Aufsatz „Vom Pöbel zum Proletariat“ (1953), bzw. ließ ihn – bereits in Göttingen – durch seine Schüler einlösen. Dadurch, daß Werner Conze eine verhältnismäßig geschlossene Konzeption von Sozial-

<sup>13</sup> Die beiden vorhergehenden Zitate: W. Conze, Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht, in: GWU 3 (1952), S. 648-57, hier S. 654f.

geschichte entworfen hat und sie durch unermüdliche Wiederholungen in den Denkhorizont der Historiker einzuarbeiten verstand, trug er entscheidend dazu bei, die Sozialgeschichte aus ihrer Nische als Sektorwissenschaft herauszuholen und die westdeutsche Geschichtswissenschaft sozialhistorisch zu durchdringen.

Sein Engagement allein hätte freilich zum Erfolg der Sozialgeschichte nicht gereicht. Geschicktes wissenschaftsstrategisches Handeln fruchtet nicht, wenn es nicht ein Umfeld gibt, das die Rezeption neuer Ansätze oder Ideen fördert. Viererlei hat in dieser Hinsicht eine Etablierung der Sozialgeschichte begünstigt. *Erstens* Veränderungen in der Gesellschaft und der Wissenschaft. Das Bildungswesen begann bereits in den fünfziger Jahren zu expandieren, entsprechend vermehrte sich die Zahl der Professuren, auch in der Geschichtswissenschaft.<sup>14</sup> Auf lange Sicht wurde an den Universitäten ein institutioneller Raum eröffnet, in dem sich neue Sichtweisen auf die Geschichte ansiedeln konnten. Mit dem Generationenwechsel in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde dieser Prozeß entscheidend beschleunigt. Die Soziologie gewann eine immer größere Orientierungsfunktion für die moderne industrielle Gesellschaft, vor allem der Einfluß der Sozialforschungsstelle in Dortmund kann kaum unterschätzt werden.<sup>15</sup>

Das strahlte auch in die Geschichtswissenschaft über. Die verstärkte Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen wie dem Institut für Zeitgeschichte in München, dem Max-Planck-Institut in Göttingen oder der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn leisteten der Rezeption neuer Fragestellungen und Methoden Vorschub. Die Debatte darum, wie der Geschichtsunterricht an den Gymnasien den geänderten gesellschaftlichen Zuständen nach dem Krieg angepaßt werden könnte – was schließlich in den erbitterten Streit um die sog. Gemeinschaftskunde und die hessischen Rahmenrichtlinien für den Geschichtsunterricht mündete –, warf schon zu Beginn der fünfziger Jahre die Frage nach der Notwendigkeit sozial- und kulturgeschichtlicher Ansätze auf. Der Versuch von Historikern, Geschichte als eigenständiges Fach oder zumindest ihre führende Rolle in der politischen Bildung an den Schu-

14 Von 85 (1954) auf 101 (1960), 155 (1966), 286 (1972) und 405 (1975); P. Weingart u.a., Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten. Die Entwicklung der Geisteswissenschaften in der BRD 1954–1987, Frankfurt a. M. 1991, S. 321–27.

15 Vgl. dazu J. Weyer, Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960 in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext. Diss., Universität Marburg 1983; R. Schellhase, Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Sitz Dortmund) in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1982; Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte (Anm. 2), S. 199–210.

len zu erhalten, beförderte ihre Annäherung an sozialwissenschaftliche und sozialgeschichtliche Techniken, wobei die Geschichtslehrer oder Historiker wie Werner Conze vorangingen und den Innovationsdruck an die Universitäten weitergaben.

Schließlich ist das zeitlich gestaffelte Auftreten jüngerer Historiker nicht zu unterschätzen. Unter dem Einfluß oder zumindest mit Billigung von Lehrern wie Werner Conze, Carl Jantke, Theodor Schieder, Hans Rothfels, Gerhard A. Ritter aber auch Rudolf Stadelmann, Franz Schnabel oder Kurt von Raumer wandten sich deren Schüler – Wolfgang Köllmann, Wölfram Fischer, Rudolf Vierhaus, Heinz Gollwitzer, Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Schieder, Hans-Ulrich Wehler, die Brüder Mommsen, Jürgen Kocka und andere – mehr oder weniger intensiv der Sozialgeschichte zu. Die Älteren der Schüler waren teilweise beruflich mit der Sozialforschungsstelle in Berührung gekommen und hatten zu den ersten Geschichtsstudenten gehört, die nach dem Kriege in den USA studieren konnten. Für die Jüngeren war das dann eine Selbstverständlichkeit geworden. Zunächst halfen diese Schüler ihren Lehrern gewissermaßen, das Feld für die Sozialgeschichte zu planieren, dann, als Ordinarien, vollzogen sie den Durchbruch der Sozialgeschichte in der Geschichtswissenschaft – wenn auch die jüngeren von ihnen eine sozialgeschichtliche Vergangenheitsdeutung entwarfen, die sich entscheidend von der Weltansicht ihrer Königsberger Lehrer unterschied.

Diese nur sehr knapp skizzierten Entwicklungen erzeugten spätestens in den sechziger Jahren ein Klima, das die Aufnahme sozialgeschichtlicher Methoden in der westdeutschen Historiographie begünstigte und vorher zumindest dafür sorgte, daß ihnen nicht oder nur mit schwacher Opposition begegnet wurde.

Zudem – *zweitens* – hatte sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die Rothfels-Gruppe in der Geschichtswissenschaft endgültig etabliert, ihre Mitglieder genossen durchweg hohes Ansehen. Conze war sicherlich der reinste Sozialhistoriker. Rothfels unterstützte die modernisierenden Ansätze seiner Schüler, arbeitete aber nicht sozialhistorisch. Markert und Wittram konnten als Osteuropahistoriker nicht auf Sozialgeschichte verzichten, waren aber keine Sozialhistoriker. Schieder war das ohnehin nicht. Sie alle aber standen Conzes Bemühungen aufgeschlossen gegenüber und unterstützten ihn. Dazu kamen Otto Brunner und Carl Jantke als dezidierte Vorkämpfer für die Sozialgeschichte. Diese Gruppe bildete gewissermaßen ein schützendes Nest innerhalb der Geschichtswissenschaft, in das Conzes sozialgeschichtliche Bemühungen eingelagert waren und, durch Autoritäten gedeckt, entwickelt werden konnten.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Möglicherweise ist Hans-Joachim Schoeps' Projekt einer „Zeitgeistforschung“, die an

*Drittens* ist die Entwicklung der Nachkriegshistorikertage von Bedeutung. 1949 in München und 1951 in Marburg war durchaus von Sozialgeschichte und Soziologie die Rede gewesen, in erster Linie als Reaktion auf die Frage nach der Rolle der Politikhistoriker im „Dritten Reich“ bzw. auf den Internationalen Historikertag in Paris von 1950, auf dem die Vertreter der *Annales* die Diskussionen dominiert hatten. Die westdeutschen Historiker versuchten sich mit Sozialgeschichte vertraut zu machen, weil sie sie einhegen wollten – nicht unbedingt ganz abwehren, denn sie ahnten, daß das nicht mehr möglich war. In Bremen 1953 und Ulm 1956 sah es ähnlich aus. Allerdings hielten auf diesen beiden Tagungen Otto Brunner und Hans Freyer repräsentative und gefeierte Vorträge, in denen sie für die Sozialgeschichte bzw. für die Annäherung der Historiographie an die Soziologie eine Lanze brachen. Durch äußeren Druck und prominente Redner wurde der Sozialgeschichte auf diesen Tagungen allmählich ein Resonanzboden verschafft.

Entscheidend war aber der Duisburger Historikertag, der 1962 stattfinden sollte. 1958 war Hans Rothfels zum Vorsitzenden des Historikerverbandes gewählt worden und hatte sich mit Werner Markert und Werner Conze daran gemacht, diese Tagung zu planen. Auch sie geriet zum Reflex auf einen Internationalen Historikertag, den Stockholmer von 1960, auf dem die westdeutschen Historiker sich politisch aus dem Osten, methodisch aus dem Westen unter Druck gesetzt gesehen hatten. Das gab der Sozialgeschichte in Westdeutschland einen gesteigerten Stellenwert: als Mittel zur Abwehr westlicher wie östlicher, marxistischer wie „kulturhistorischer“ Geschichtsdeutungen, die konservativen, historistischen Historikern nicht behagten. Durch den Duisburger Historikertag sollte klargestellt werden, „aus welchem Bewußtsein heraus die nicht-dogmatischen Historiker ihre

---

Fragestellungen und Quellen immerhin etwas von dem vorwegnahm, was Sozial-, Alltags- oder Kulturgeschichte seit den achtziger Jahren aufgegriffen haben, nicht zuletzt an einer fehlenden „Hausmacht“ gescheitert. Schoeps hatte versucht, sein Projekt systematisch zu institutionalisieren, war jedoch bei seinen Kollegen auf teilweise scharfe Ablehnung gestoßen: Joachim Ritter an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster vom 9. September 1958; Kurt von Raumer an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster vom 9. Oktober 1958; Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Münster an Schoeps vom 21. Oktober 1958 [Universitätsarchiv Münster, Phil. Fak., Dienst-Akt. Nr. 22]; Reinhard Wittram an Schoeps vom 23. Januar 1967 [Bundesarchiv Koblenz, N 1226/80]. Wittram und von Raumer kritisierten, daß Geistesgeschichte losgelöst von ihrem sozialen Umfeld betrieben werden solle, ein Vorwurf, der in dieser Härte nicht zutraf: vgl. H.-J. Schoeps, Was ist und was will die Geistesgeschichte. Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1959. Als Monarchist war Schoeps ein krasser Außenseiter in der Zunft, außerdem hielten es die Kollegen hin und wieder für angebracht, den Verdacht zu äußern, daß er homosexuell sei, was wohl die Ablehnung verstärkte (das teilte mir jedenfalls Heinz Gollwitzer [†] in einem Gespräch am 2. Dezember 1997 mit).

Arbeit tun.“<sup>17</sup> Der Standort der eigenen Geschichtsauffassung sollte deutlich gemacht und reflektiert werden, um ihn argumentativ gegen die konkurrierenden Deutungen verteidigen zu können. Das erforderte auch, ein stringentes Generalthema für alle Beiträge zu finden. Hans Schaefer schlug „als ein Generalthema, das sich für die Auseinandersetzung mit dem Osten besonders eigne, vor: das soziale und politische Problem der Revolution.“<sup>18</sup> Zum ersten Mal sollte ein deutscher Historikertag problem- und eindeutig gegenwartsbezogen ausgerichtet werden; jede Epoche und jedes Thema sollte auf seine sozialgeschichtlichen Aspekte abgefragt werden, weil man die neue weltgeschichtliche Situation mit den alten Mitteln nicht mehr in den Griff bekam. Selbst Gerhard Ritter, der an der Planung dieser Tagung nicht mehr beteiligt war, mußte sich auf seine alten Tage für seine Sektion „Kirchengeschichte“ um Sozialhistoriker bemühen. Das bereitete ihm Schwierigkeiten. Letztlich fiel die Konzeption der Tagung nicht so revolutionär aus, wie Rothfels es sich vorgestellt hatte, außerdem blieben genug Defizite, was die Klärung des Verhältnisses von Geschichtswissenschaft und Soziologie betraf. Doch einen derart auf Sozialgeschichte und kontroverse Diskussion ausgerichteten Historikertag – erstmals außerdem in einer Industriestadt abgehalten – hatte die (west)deutsche Geschichtswissenschaft bislang noch nicht gesehen. Für die darauf folgenden Historikertage kann man dann das immer stärkere Vordringen der Sozialgeschichte beobachten, das einem Vordringen in der Wissenschaft entsprach.

*Viertens* aber ist der eigenartige Charakter der Debatte um Nutzen und Gefahren der Sozialgeschichte bzw. einer Annäherung an die Soziologie, die Historiker in denn fünfziger Jahren begannen, zu berücksichtigen. Es gab keinen öffentlich manifestierten Widerstand gegen die Sozialgeschichte. Zwar wurde sie bis weit in die sechziger Jahre und erneut in den siebziger Jahren in die Nähe des Sozialismus gerückt, aber nur hinter vorgehaltener Hand. Öffentlich wurde sie in mehr oder weniger allgemeinen Worten für notwendig erklärt. Polemisiert wurde gegen die *Annales* und natürlich gegen die marxistischen Historiker im Osten, außerdem gegen einen abstrakten, geschichtsfeindlichen „Soziologismus“, dessen Träger so gut wie nie beim Namen genannt wurden. Werner Conze und seine Kollegen jedenfalls waren es nicht, im Gegenteil, auf sie berief man sich, wenn man die „richtige“ Art Sozialgeschichte zu schreiben, illustrieren wollte.

Das war das eigentümliche der Debatte: Einige Historiker ahnten, daß eine methodische Erneuerung der Geschichtswissenschaft unabdingbar

17 Protokoll der Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses [des Verbandes der Historiker Deutschlands] am 1.7.1961 in Tübingen, S. 4 [Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen: Akten des Verbandes der Historiker Deutschlands].

18 Ebenda.

war, sie besaßen aber keine Begriffe und hatten keine Ideen, sie durchzuführen. Sie waren im Grunde auch nicht wirklich daran interessiert, sie durchzuführen, aber zu heilsichtig, deren Notwendigkeit schlicht zu ignorieren. Also schrieben sie – etwa Schieder, Wittram, Fritz Wagner oder Ernst Pitz – einige Texte, mit denen sie versuchten, die eine oder andere feste Kontur in der Zeit des sich beschleunigenden weltgeschichtlichen wie methodischen Wandels auszumachen. Diese Texte wurden nebeneinander gestellt, sie sollten keine Diskussion und erst recht keinen Streit entfachen. Die Kollegen nahmen sie zur Kenntnis, bezeugten durch höfliche Bemerkungen in Briefen, durch die Nennung der Texte in Fußnoten oder einfach durch fehlenden Widerspruch ihre Zustimmung – genauer gesagt: ihre Nicht-Opposition –, und allmählich schälte sich daraus als *common-sense* der Historiker eine negative Grenze heraus: Eine Sozialgeschichte, die sich zu sehr den *Annales*, dem Marxismus oder dem „Soziologismus“ näherte, war für westdeutsche Historiker inakzeptabel. Diese Grenze eröffnete auf der anderen Seite einen Möglichkeitsraum, den die Autoren leer ließen. Sie bestimmten nicht, wie eine mögliche Sozialgeschichte aussehen könnte. Es war vor allem Conzes Konzeption von Sozialgeschichte, die diesen Raum füllte, und da Conze wie die übrigen Befürworter der Sozialgeschichte, etwa Brunner oder Jantke, sich nicht als Bilderstürmer gerierten, sondern die gezogene Grenze akzeptierten und sich zum Historismus bekannnten, war sein sozialgeschichtlicher Ansatz in der Zunft *akzeptabel*. Die gesellschaftlichen Entwicklungen erforderten neue Deutungsmuster, das machte die Sozialgeschichte – vor allem außerhalb der Zunft und bei jungen Historikern – *attraktiv*. Die Sozialhistoriker erwiesen in einem mühevollen Prozeß den wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wert sozialhistorischer Ansätze; die Alten akzeptierten sie oder nahmen sie einfach hin, weil sie bestimmte Grenzen nicht überschritt – nicht unbedingt, weil sie überzeugt worden waren. Auf diese Art, weil sie ein Deutungsangebot stellte und weil ihr ein Raum eröffnet worden war, konnte Sozialgeschichte in der westdeutschen Geschichtswissenschaft etabliert werden.<sup>19</sup>

19 S.-J. Chun, *Das Bild der Moderne in der Nachkriegszeit. Die westdeutsche „Strukturgeschichte“ im Spannungsfeld von Modernitätskritik und wissenschaftlicher Innovation. 1948–1962*, München 2000, S. 119–134, geht dagegen bei seiner Darstellung der Auseinandersetzung westdeutscher Neuzeithistoriker mit der Moderne vom Ideal einer rationalen Diskussion aus: Die Krise der Geschichtswissenschaft nach 1945 habe bei den Historikern (die er als Einheit behandelt) die geordnete Suche nach einer neuen Methodologie ausgelöst. Weil er rhetorische Zugeständnisse (etwa an die Sozialgeschichte) für ernsthafte theoretische Reflexionen der Historiker nimmt, kann er die Auseinandersetzung mit der Moderne oder um Vor- und Nachteile der „Kulturgeschichte“ als nüchternes, reflektiertes Nachdenken der Zunft darstellen. Dadurch übersieht er, wie ungeordnet, wie doppelbödig, wie wenig bewußt die Anpassung der Historiographie an die Moderne und an neue Ansätze der Geschichtsschreibung tatsächlich erfolgte.

III. Sozialgeschichte ist nie eine neutrale Weise gewesen, die Vergangenheit zu untersuchen. Die Sozialgeschichte, die im Umkreis der Königsberger Historiker und Soziologen gepflegt wurde, zeichnet sich durch eine ganz spezifische Weltsicht, einen eigentümlichen „Denkstil“ aus. „Denkstil“ und „Denkkollektiv“ sind die zentralen Begriffe eines wissenschaftssoziologischen Theorieangebotes, das der Mediziner Ludwik Fleck 1935 für seine Analyse der Wissensproduktion in den Naturwissenschaften entworfen hat, und das sich wegen seiner Geschmeidigkeit – anders als Thomas S. Kuhns starre Paradimentheorie – sinnvoll für die Geisteswissenschaften nutzen läßt. In äußerster Kürze: Das Denkkollektiv ist eine Gemeinschaft von Wissenschaftlern, die in gedanklicher und sozialer Wechselwirkung stehen und die Träger eines spezifischen Denkstils sind. Der Denkstil ist eine gedankliche Verarbeitung der Welt, die an einem Denkkollektiv hängt und seine Mitglieder zwingt, die Welt auf eine bestimmte Art zu sehen. Er ist gerichtetes Gestaltsehen, d.h. man sieht im Wust der Daten eine Gestalt, aber nicht, weil die Realität sie aufscheinen läßt, sondern weil man in einem langen Sozialisationsprozeß gelernt hat, diese Gestalt zu sehen.<sup>20</sup>

Aus den Texten der frühen Sozialgeschichte kann man in diesem Sinne ein narratives Muster herauspräparieren, das den besonderen Denkstil der frühen Sozialgeschichte preisgibt.<sup>21</sup> Dieses Muster enthält ein imaginäres

20 L. Fleck, *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil, und Denkkollektiv*. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle, Frankfurt a. M. <sup>2</sup>1993, hier bes. S. 40-70. Thomas S. Kuhn bekam Flecks noch heute recht unbekanntes Buch durch einen Zufall zu lesen, seine „Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ verdankt ihm fruchtbare Anregungen, fällt aber hinter die Flexibilität von Flecks Ansatz zurück.

21 Ich nenne hier nur einige zentrale Texte, ausführliche Nachweise finden sich im Kapitel 7 meiner Dissertation: W. Conze, *Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzschs*, in: *Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse*, Jg. 1965, 2. Abhandlung, Heidelberg 1965; ders., *Ostmittleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert*, München 1992; ders., *The German Empire*, in: F. H. Hinsley (Hrsg.), *The New Cambridge Modern History*, Bd. 11: *Material Progress and World-Wide Problems 1870-1898*, Cambridge 1962, S. 274-299 (das Kaiserreich habe sich auf dem besten Wege zur Demokratie befunden); ders., *Vom Pöbel zum Proletariat. Sozialgeschichtliche Voransetzungen für den Sozialismus in Deutschland*, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln <sup>5</sup>1976, S. 111-136; C. Jantke, *Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert*, Freiburg 1955; ders., *Zur Deutung des Pauperismus*, in: Ders. u. Dietrich Hilger (Hrsg.), *Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur*, Freiburg 1965, S. 7-47; W. Köllmann, *Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert*, Tübingen 1960; Th. Schieder, *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Köln 1961; ders., *Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert*, in: *HZ* 170 (1950), S. 233-71; ders., *Der*

chronologisches Schema, einen Komplex alltagssprachlicher Metaphern und dichotomischer Begriffe sowie eine „mentale Karte“<sup>22</sup>, die den geographischen und sozialen Raum ordnete. Dabei bildeten zwei Grundvorstellungen das Bauprinzip dieser Texte, ohne daß die Autoren das erkannten. Wo doch, nahmen sie es für die adäquate Abbildung der vergangenen Realität. Einmal war das das Bild der *Grenze*, die eine Unterscheidung zwischen einem Inneren, der deutschen Nation, und einem Äußeren, vor allem dem Osten, machte. Der immer wieder herausgekehrte Gegensatz von „deutsch“ und „undeutsch“ verdeutlicht das Charakteristische dieser Differenz besonders gut: Es ging um die deutsche Nation und den undifferenzierten *Rest*, der sie bedrohte.<sup>23</sup> Dieses Bild entstammt den Erfahrungen in Königsberg, und auch wenn es nach 1945 etwas an Bedeutung verloren hatte, ist es im Hintergrund der meisten Texte als Folie sichtbar – bei Conze bis 1986.

Das andere zentrale Bild war das der sozialen Revolution, damit verband sich die Vorstellung von *Unordnung im Innern*. Der Ansturm auf die Grenze und der Aufruhr im Innern – Verteidigung nach außen und Befriedung im Innern, diese miteinander verknüpften Dichotomien spannten den Denkstil der frühen Sozialgeschichte auf; die drei Metaphern „Raum“, „Einheit“ und „Grenze“ führten den Sozialhistorikern die Feder. Ihre Texte sind dabei durch ein narratives Schema strukturiert, das der Chronologie „integrierte Welt“ – „Auflösung der stabilen Gesellschaftsordnung, sozialer Konflikt, Revolutionsgefahr“ – „erneute Integration der Gesellschaftsver-

---

Nationalstaat in Europa als historisches Phänomen, Köln 1964 (Schieder betont zwar, daß Nationen stets historisch geworden sind, aber nachdem er sie einmal als fertig Geworden bestimmt hat, verleiht er ihnen einen sakralen Status. Alles, was ihr Dasein bedroht, wird als Vorspiel zu einer Apokalypse gedeutet. Nicht die Vorstellung des Werdens und des Vergehens, sondern die Unantastbarkeit der gewordenen Nation ist der leitende Wert dieser historischen Forschung. Ähnlich W. Conze, Nationalismus und Kommunismus als politische Triebkräfte in historischer Sicht, in: *moderne welt* [sic] 4 (1963), S. 227-43, hier S. 241-43).

22 P. Englund, Ofredsår. Om den svenska stormaktstiden och en man i dess mitt, Stockholm 1997, S. 193. Mentale Karten sind ein Produkt der Zeit. Laut Englund sahen die Schweden im 16. Jahrhundert, wenn sie von Schweden sprachen und über den Dorftrand zu schauen vermochten, statt der längs von Süd nach Nord gestreckten Halbinsel ein Quadrat mit einem Schwerpunkt im Dreieck Stockholm, Riga und Helsinki vor ihrem geistigen Auge.

23 Diese deuschzentrierte Perspektive zieht sich noch durch W. Conze, Ostmitteleuropa (Anm. 21). Hermann Aubin bezeichnete 1955/56 die Osteuropäer als „Undeutsche Nachbarn“ und „Eingeborene“: H. Aubin, Die Deutschen in der Geschichte des Ostens, in: Ders., Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte aus vier-einhalb Jahrzehnten anläßlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Verfassers. In Verbindung mit Ludwig Petry herausgegeben von Franz Petri, Bonn 1965, S. 766-96, hier S. 776.

fassung unter gewandelten Umständen, in einer neuen Ordnung“ folgt, also dem Dreischritt Ordnung – Angriff/Abwehr – Synthese. Der erste und der letzte Abschnitt waren die Projektionspunkte der Texte, inhaltlich behandelten sie überwiegend den zweiten. In dieser Periode der Instabilität war die Nation doppelt durch den Kommunismus bedroht, bis 1917 von innen, nach der Oktoberrevolution zusätzlich von außen. Dabei konzentrierten sich die frühen Sozialhistoriker vor allem auf das Kaiserreich als derjenigen Zeit, in der die Frage um die erfolgreiche oder gescheiterte Integration der Arbeiterschaft grundsätzlich entschieden worden ist, also derjenigen Klasse, von der man die soziale Revolution befürchtete, welche dann dem Bolschewismus endgültig den Einfall in die Nation ermöglicht hätte.

Liest man diese Texte, so schält sich immer wieder dieselbe Geschichte heraus. Zum einen ging es um den empirischen Nachweis, daß nicht die Industrialisierung für den Pauperismus im frühen 19. Jahrhundert verantwortlich gewesen, daß also die marxistische Verelendungstheorie falsch sei. In sämtlichen Texten tritt die Industrie als *Resultat* des rasanten, die überkommene Sozialordnung zersetzenden Bevölkerungswachstums auf, sie hat zur Neuintegration der Gesellschaft beigetragen, *nachdem* diese zu zerfallen drohte. Schon lange vor den Marxisten hätten sich außerdem verantwortungsvolle Bürger intensiv mit den sozialen Problemen auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Zum ändern versuchte man zu belegen, daß die Arbeiterschaft seit jeher keine Klasse im marxistischen Sinne bildete, daß sie in sich viel zu differenziert sei, um im Klassenbegriff eingefangen werden zu können, daß daher das marxistische Klassenmodell für eine realistische Analyse als zu grobschlächtig zu verwerfen sei. Außerdem dürfe man nicht ausschließlich ökonomisch argumentieren: Der „Industriemensch ist nicht einfach das Produkt seiner Arbeitsverhältnisse und seiner ökonomischen Lage. Vielmehr ist er das Produkt eines allseitigen Geschichtsprozesses, an dem auch ganz andere Lebens- und Kulturbereiche mitgewirkt haben“.<sup>24</sup> Zudem sollen im Grunde die Arbeiter selbst mit dem Marxismus nichts haben anfangen können, die organisierte Arbeiterbewegung sei eigentlich staatstreu gewesen und die „Massen“ hätten letztlich den Weg der Ordnung gewählt.

Das Faktum, daß die Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft des Kaiserreichs vorerst doch gescheitert war, schien Kommunisten vor und nach 1945 ein gutes Argument zu bieten und wurde von den Sozialhistorikern nicht ignoriert: Die Arbeiter hätten keinen Ort in der Gesellschaft gefunden, sie hätten ihre Bindungen und Grenzen nicht erkennen können,

24 W. Brepohl, *Der Mensch in der Industrie*, masch.-schr. Ms., o. O. u. J. [1955], S. 1 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, B II/8).

weil ihnen Bürgertum und Monarchie die Eingliederung verweigert hätten. *Deshalb* habe der Marxismus zum Zuge kommen, den Klassenkampf- und Revolutionsgedanken durchsetzen und mit der angeblichen Not der Arbeiter Agitation betreiben können. Die aber seien – das ergaben sozialhistorische Untersuchungen zur Lage der Arbeiter – einem falschen Bewußtsein aufgesessen: Ihre Lage war besser als sie dachten, doch sie merkten es nicht. Ihr Protest entsprang in Wahrheit der Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Stellung in der deutschen Gesellschaft, nicht materieller Not.

Posthum wandte die frühe Sozialgeschichte gekonnt mehrere historiographische Strategien an, um diesen Tatbestand zu relativieren. Rhetorisch wurden die Revolutionäre durchweg als „Schwärmer“, „wurzellos“ oder als „Gefühlspolitiker“ charakterisiert, ihr Denken als „spintisierend“. Man warf ihnen „Übersteigerung“, „Radikalisierung“ und „Pervertierung des politischen Denkens“ vor und führte ihnen den „Reipolitiker“ Max Weber vor Augen, der zwischen politischen Zielen und politischer Wirklichkeit nüchtern zu trennen verstanden habe, statt die Wirklichkeit durch Wunschbilder zu verschleiern. Auf einer eher analytischen Ebene suchte man festzustellen, inwieweit in der marxistisch gewordenen Sozialdemokratie Elemente der gereiften, versöhnungsbereiten „Social-Demokratie“ nachgewirkt hätten, und zog, auch das ist Teil der Forschungsstrategie, eine Linie bis in die Bundesrepublik hinein. Der Klassenkampfweg der Sozialdemokratie sei letztlich durch „erschütternde Wirklichkeitsferne“ gescheitert, doch mit dem Godesberger Programm habe die SPD endgültig in die bürgerliche Gesellschaft gefunden. Begriffsgeschichtlich bemühte man sich, Begriffe auf die Zeit vor ihrer ideologischen Vereinnahmung durch die Marxisten zurückzuführen und sie ihnen so zu entreißen. An einer weiteren Argumentationsfront strich man die Bemühungen der Arbeitgeber um Verbesserung der sozialen Zustände heraus, an einer anderen hob man entschuldigend auf die irrtümliche Einschätzung der Lage durch Bismarck ab.

Die Sozialgeschichte setzte einen aufwendigen Forschungsapparat in Gang, um durch ineinander verschachtelte Deutungen die Argumente der Kommunisten historisch zu widerlegen, zu delegitimieren, zu isolieren und dem Sozialismus im sinnvollen Gang der deutschen Geschichte den Platz des ewigen Störenfrieds zuzuweisen. Detaillierte Textanalysen würden dieses Bild etwas differenzieren, aber es wird unübersehbar bleiben, daß die frühen Sozialhistoriker im großen und ganzen einem Denkmuster folgten, gemeinsam *ein* Bild von der Vergangenheit konstruierten und andere *systematisch*, wenn auch nicht bewußt, ausschlossen – und dieses eine Bild wurde durch die Angst der Autoren vor der sozialen Revolution bestimmt. Nirgendwo wird das deutlicher als in den Worten, mit denen Gunther Ipsen 1939 seinen Vortrag auf dem Bukarester Soziologentag zu schließen plante,

auch typographisch: „am Ende [der Verelendungsspirale] steht und kann nur stehen – der Umsturz.“<sup>25</sup> Diese Abneigung vor jedem Ansatz von „Umsturz“ und Unordnung saß so tief, daß Werner Conze noch in seinem letzten Buch „Volkserregungen“ bloß in pejorativen Begriffen beschreiben konnte.<sup>26</sup> Für Otto Brunner war es undenkbar, gesellschaftliche Entwicklungen, etwa die Verschlechterung der sozialen Lage, als legitimen Anlaß für gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu akzeptieren.<sup>27</sup> Und Theodor Schieder lehnte zumindest 1972 noch jede soziale Bewegung „von unten“, jede Bauernrevolte strikt ab, weil sie die ausschließlich durch staatliche Institutionen zu wahrende Ordnung bedrohten.<sup>28</sup>

Diese Angst vor Unordnung entsprang dem Rückblick auf das eigene Leben, in dem man den Untergang dreier Gesellschaftsordnungen erlebt – und teilweise zu ihm beigetragen – hatte. Es überrascht nicht, daß diese Historiker nach dem Krieg verstärkt nach „haltenden Mächten“ (Hans Fieyer) suchten. Sie hatten erkannt, daß im Gefolge der Industrialisierung schwere soziale Umwälzungen erfolgt waren, sie gestanden der marxistischen Gesellschaftskritik eine gewisse Berechtigung zu: als Seismograph. Es hätte freilich zu inakzeptablen Konsequenzen für die Gesellschaftsordnung wie für das eigene Selbstverständnis geführt, hätten sie zugestanden, daß diese Kritik tatsächlich die Wurzeln der gesellschaftlichen Verhältnisse treffe. Ihr Denkstil bildete ihnen eine Gesellschaft ab, die einer wirklich ernst zu nehmenden Kritik von links einfach die Grundlagen entzogen hatte: Die Arbeiterschaft war anerkannt worden. Bismarck hatte die Sozialversicherung eingeführt. Die Weimarer Republik hatte den Arbeitern endgültig volle politische Partizipation beschert. In der Bundesrepublik war die Eingliederung vollzogen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der auf 1933 hinführte, das „Dritte Reich“ war ein Sonderfall, Hitler hatte sich von au-

25 G. Ipsen, Agrarische Bevölkerung, in: D. Gusti (Hrsg.), Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen Kongresses [sic] Bucaresti. Mitteilungen. Abteilung B – Das Dorf. I. Band, Bukarest o.J. [1940], S. 8-22, hier S. 22.

26 Vgl. Conze, Ostmitteleuropa, S. 171ff., 181ff., 214.

27 Vgl. O. Brunner, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien 1965, S. 347f.

28 Vgl. Th. Schieder, Hat Heinemann recht? Zu einer Rede über unser mangelhaftes Gesellschaftsbewußtsein, in: Christ und Welt, 27. Februar 1970, S. 11. Schieder reagierte mit diesem Artikel scharf auf Gustav Heinemann, der gesagt hatte: „Einer demokratischen Gesellschaft, so meine ich, steht es schlecht zu Gesicht, wenn sie auch heute noch in aufständischen Bauern nichts anderes als meuternde Rotten sieht, die von der Obrigkeit schnell gezähmt und in die Schranken verwiesen wurden. So haben die Sieger die Geschichte geschrieben. Es ist Zeit, daß ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.“ (ebenda). Schieder sah in diesen Worten eine (nachträgliche) gefährliche Legitimation für die radikalisierte Studentenbewegung angelegt.

ßen kommend Einlaß nach Deutschland erzwungen.<sup>29</sup> Die sozialhistorische Deutung der Vergangenheit fand ihren Fluchtpunkt 1945, wo sich zeigen sollte, daß die positiven Kontinuitäten der deutschen Geschichte alle unbestreitbaren Verwerfungen überdauert hatten. Deshalb beschäftigten sich Werner Conze und einige Kollegen – ganz unüblich für deutsche Neuzeithistoriker – schon früh mit der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik, um dem Publikum zu zeigen, daß in Deutschland die (heimatlichen) integrierenden Kräfte stets über die (östlichen) desintegrierenden Kräfte den Sieg davon getragen haben. Deutungen jüngerer Historiker, die dieser Sicht widersprachen, wurden noch in den achtziger Jahren als die „Sicherheit der nationalen Identität“ schwächend kritisiert.<sup>30</sup> Nicht umsonst verfaßte Conze einen Artikel über „Sicherheit“ für die „Geschichtlichen Grundbegriffe“, in welchem er innere und äußere Sicherheit, Sicherheit für den Staat und Sicherheit für das Individuum; Freiheit und Kommunismus zueinander in Beziehung setzte – und einen Artikel über „Freiheit“, in dem er dessen unzerstörbare Grundsubstanz aufgrund uralten Sprachverständnisses und anthropologischer Vorgegebenheiten nachzuweisen versuchte. Auch diese begriffsgeschichtlichen Analysen zielten gegen Osten.<sup>31</sup>

Zwei Bewegungen kreuzten sich in der frühen Sozialgeschichte: Die Auseinandersetzung mit der Moderne und die Abwehr des Sozialismus von außen wie von innen, das machte die Sozialgeschichte zur politischen Geschichte. Sie setzte sich intensiv mit der Moderne auseinander, weil durch die Moderne ihr Ziel, die Sicherung einer sozial harmonisierten bürgerlichen Gesellschaft, stets in Frage gestellt war. Sie war anti-sozialistisch, weil der Sozialismus durch *seine* Auseinandersetzung mit der Moderne ihr Ziel fundamental bedrohte. Dies war das stets pessimistisch und defensiv klingende, aber gleichzeitig mit einem grundsätzlichen Optimismus geladene Motiv, das die Sozialgeschichte trieb. Alles war bedroht, aber die Ordnung in einer Verfassung, daß sich die Bedrohungen überwinden ließen, wenn man den Hebel nur richtig anzusetzen verstand. Deshalb entwarf

29 „Hitler stand von nun an vor den Toren der Republik und begehrte drohend Einlaß“: W. Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933, in: ders./H. Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33. Sechs Beiträge von Hans Raupach, Dietmar Keese, Wilhelm Treue, Ursula Hüllbusch, Rudolf Verhaus, Werner Conze, Stuttgart 1967, S. 176–52, hier S. 178.

30 W. Conze, Staats- und Nationalpolitik. Kontinuitätsbruch und Neubeginn, in: ders./M. R. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1982, S. 441–67, hier S. 444.

31 Vgl. W. Conze, Artikel „Sicherheit, Schutz“, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1972ff., Bd. 5, S. 831–62; ders. u.a., Artikel „Freiheit“, in: ebenda, Bd. 2, S. 425–542.

Werner Conze mit den Jahren ein immer umfangreicheres und innovatives sozialhistorisches Forschungsprogramm: Stadtgeschichte, Parteiensoziologie, Unternehmensgeschichte, Geschichte der Weimarer Republik, Arbeitergeschichte, Familiengeschichte usw. Je größer sein Forschungsapparat wurde, desto mehr Bereiche konnte er auf „haltende Mächte“ untersuchen lassen, und er tat dies, als politischer Historiker, mit ausdrücklichem Bezug auf die Gegenwart und die Situation der Bundesrepublik.<sup>32</sup>

IV. Die Sozialgeschichte war in den fünfziger Jahren methodisch besser als die Politikgeschichte in der Lage, die radikal veränderte Welt zu deuten. Sie konnte zudem die Geschichte mit Sinn versehen, einem Sinn, der die bürgerliche Lebenswelt, in der die Sozialhistoriker sich geborgen fühlten, stabilisieren half, der dem antikommunistischen Klima in der Bundesrepublik entgegenkam und der der deutschen Rest-Nation Identität verschuf. Inhaltliche wie politische Vorzüge machten die Sozialgeschichte akzeptabel; gesellschaftliche wie wissenschaftliche Wandlungsprozesse schufen ihr einen Raum; die „Rothfelsianer“ gaben ihr ein spezifisches Gesicht und etablierten sie durch strategische Arbeit in der Geschichtswissenschaft.

Doch die gesellschaftlichen Grundlagen dieser Geschichtsschreibung änderten sich seit den sechziger Jahren grundlegend. „Spiegel-Krise“, „1968“ und die Reformeuphorie in der frühen Ära Brandt (um nur die wichtigsten Schlüsselereignisse zu nennen) trugen zur Integration der bundesdeutschen Gesellschaft in die westliche Werte- und Lebensstilgemeinschaft entscheidend bei.<sup>33</sup> Die Demokratie hatte sich als stabil erwiesen, der

---

32 Für die Familiengeschichte hatte er die Zusammenarbeit mit dem Familienministerium avisiert (W. Conze, Sozialgeschichte der Familie. Ein Schwerpunkt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Historische Forschung, Berichtsjahr 1980, Stuttgart 1981, S. 57-60, hier S. 60), seine Arbeiten zur Weimarer Republik waren eindeutig unter politischen Gesichtspunkten geschrieben (u.a. plante er eine umfassende Geschichte der Weimarer Republik, „um nicht anderen Auffassungen, die sich festsetzen wollen, das Feld zu überlassen“: Conze an Ipsen, 9. Januar 1955 [Gesellschaft für Sozialforschung, Dortmund: Akten der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, I 7]), Bundespräsident Heinrich Lübke setzte sich 1966 – neben dem Baden-Württembergischen Kultusminister sowie dem Bundesvertriebenenminister Jehann Baptist Gradl – für ein Freisemester Conzes ein, damit der seine Jakob-Kaiser-Biographie schreiben könne [Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ea 3/151, Nr. 13]. Vgl. auch Conze an den Kultusminister von Baden-Württemberg, 17. Januar 1961: „Das vorgenommene Thema [die Arbeiterbewegung] wird seit etwa 10 Jahren intensiv von den kommunistischen Historikern der Sowjetzone bearbeitet. Es ist dringend erwünscht, dem nicht nur kleine Einzelbeiträge, sondern eine umfassende Darstellung entgegenzustellen“ [Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ea 3/151, Nr. 13]. Er begründete damit einen Antrag auf ein Forschungsfreisemester.

33 Ein Forschungsprojekt an der Universität Tübingen untersucht die ideelle Seite dieses

Kommunismus hatte an keiner Stelle den befürchteten Einlaß gefunden, die Gesellschaft zeigte sich liberaler, und die existentielle Angst vor materieller Not und Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung durch Kommunisten, Gammler und halbstarke Jugendliche hatte sich gelegt. Eine Sozialgeschichte Königsberger Provenienz erwies sich zunehmend als anachronistisch. Diese hatte noch versucht, von der sog. „Sattelzeit“ um 1800 ausgehend, die Entstehung der gegenwärtigen Gesellschaft aus dem Prozeß der Industrialisierung heraus zu begreifen – mit einem Sprung über das „Dritte Reich“ hinweg, um sich in den Zeiten der Umbrüche des Haltes zu vergewissern. Sie stellte immer wieder die – zumindest potentiell – gewährte Ordnung heraus. Die jüngeren Historiker, die Wehlers, Mommsens, Kockas, denen die Anhäufung von Untergangserfahrungen fehlte und deren Gesellschaftsverständnis stark durch USA-Aufenthalte geprägt war, gingen zwar von derselben Schwelle aus, verblieben historiographisch auch im Rahmen der deutschen Nation, schilderten jedoch in ihren Erzählungen den „deutschen Sonderweg“, der direkt auf das „Dritte Reich“ zulief. Sie stellten die Blockaden, die schließlich zur Vernichtung aller Ordnung geführt hatten, heraus.

Conzes Generation suchte der brüchigen Moderne sozialhistorisch eine positive Geschichte und damit Identität abzugewinnen. Die Nachfolger beanspruchten, ihrer Zeit sozialhistorisch den Spiegel vorzuhalten, um die Identität aus der Kritik der Geschichte zu gewinnen. Beide Generationen wußten um die prinzipielle Instabilität der gesellschaftlichen Ordnung, beide versuchten, sozialhistorisch zu ihrem Erhalt beizutragen. In diesem Punkt sind Sozialhistoriker auch heute noch politische Historiker, der Unterschied liegt in der Art, wie die Vergangenheit gesehen und für die Gegenwart fruchtbar zu machen versucht wird.

---

Prozesses, vgl. zusammenfassend A. Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.